

Die REICHEN und die SCHÖNE

Das Volk versteht uns nicht. Wir, die Partei der »neuen Mitte« haben ein Vermittlungsproblem.

Der Kohl ist weg! Und mit ihm der »Standort Deutschland«. Der 16 Jahre lang gut genug dafür war, daß das Volk zahlt und zahlt und selbst verarmt. Die Schröder-Regierung ist dran, und mit ihr kam der »Staatsbankrott« im zweitreichsten Land der Erde. Das Schreckensszenario wechselt mit der jeweiligen Regierung, die Ausplünderung des Volkes bleibt. Denn wieder soll das Volk für die Reichen zahlen und zahlen, bis es vor dem Nichts steht. So die Botschaft der Partei der »neuen Mitte«, der SPD. Der Arbeiter wendet sich von der SPD ab, und die Stimmen der Reichen, der »neuen Mitte«, sind nun einmal naturgemäß zahlenmäßig wenige, und die Landtagswahlen somit verloren. Und die SPD hat damit ein »Vermittlungs«problem, wenn der Arbeiter **versteht!**

Was soll daran nicht verstanden werden?

Wenn das private Geldvermögen in der BRD auf 5 Billionen DM bis zum Jahr 1997 angestiegen ist. Wenn die Hundesteuer die Staatskassen mit 300 Millionen jährlich füllt, und demgegenüber 283 Millionen an Einkommenssteuer des reichen Bürgers steht, die er gnädig dem Staat abführt. Wenn in der Geschichte der BRD erstmalig die Einkommenssteuererstattung höher als die Einnahme ist. Wenn die Lohnsteuer vom Jahre 91 auf das Jahr 98 um 34 %, gleich 100 Milliarden, steigt. Im gleichen Zeitraum aber die Einkommensteuer ins Bodenlose fällt, um minus 66 %, gleich 32 Milliarden minus. Wenn die nicht mehr erhobene Vermögensteuer in ihrem letzten Jahr, 1995, wenigstens die Milliarden mit 8 Milliarden am Steueraufkommen beteiligte, wenn die steuerliche Belastung der Löhne bei 19,3 %, die durchschnittliche steuerliche Belastung der »Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen« gerade noch bei 8,3 % im Jahr 1997 lag. Und das Statistische Bundesamt nicht mehr darum herumkommt, das »Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen« wenigstens auf 768 Milliarden zu beziffern. Woraus sich ergibt, daß die Reichensteuer 1997 bei einer Belastung mit 8,3 % 63,74 Milliarden ergab. Wären die Reichen besteuert wie die Arbeiter und Werktätigen, dann hätten die Reichen 148,22 Milliarden an ihre Regierung und ihren Staat abführen müssen.

Was soll der Arbeiter darin nicht verstehen? Die besitzende Klasse, die Millionäre und Milliardäre, plündern mit Hilfe ihrer jeweiligen Regierung das Volk aus. Der besitzende Bürger flieht aus seiner ureigensten Bürgergesellschaft, wälzt die Lasten der bürgerlichen Gesellschaft auf den ab, der nicht leben kann ohne seiner Hände Arbeit. Der Ausgebeutete wird doppelt ausgebeutet. So einfach ist das, was der SPD als ein »Vermittlungsproblem« erscheint.

Was soll daran nicht verstanden werden?

In Bad Homburg, einem Ort des wohlhabendsten Bürgers und die kaufkraftstärkste Gemeinde der BRD, hat die staatliche Behörde im Jahr 1990 noch 440 Millionen Mark Einkommensteuer von den wohlsituierten Bürgern eingezogen. Im vergangenen Jahr mußte der Staat 3 Millionen an sie zurückerzahlen. Zwar betrug die Einkommensteuer brutto stolze 195.591.817 Mark, doch dagegen rechnete der treue Bürger genau 219.052.362 Mark als Abzüge, zumeist unter dem Kürzel »VuV« – Verlust bei Vermietung und Verpachtung bei zuviel Wohnungen, Büros im Osten (Die Woche, 17.10.97). Oder der Weltkonzern »Siemens zahlt 1995 trotz eines Bruttogewinns von 2,6 Milliarden Mark keinen Pfennig Ertragssteuer in Deutschland. Fünf Jahre zuvor hatte die Ertragssteuer von 1,6 Milliarden Mark den Bruttogewinn von Siemens noch mit 47,6 % belastet.« (Die Zeit, 14/97) Und so weiter und so fort.

Was soll daran nicht verstanden werden? Daß der »Staatsbankrott« nichts anderes ist als der Bankrott des Kapitals und seines Bürgertums, das nicht gewillt ist, auch nur einen Pfennig oder eine Mark zur Aufrechterhaltung seiner ureigensten Ausbeutergesellschaft beizusteuern. Daß die Ausplünderung mittels des Staates und der Regierung für das Volk ins Unermeßliche geht, daß sie dem Arbeiter nicht nur den Lohn drücken, sondern das wenige, was der Arbeiter an Lohn von ihnen erhält, auch in immer größerem Maßstab aneignen. Daß der hofierte Bürger auf Kosten des Arbeiters lebt, der gewillt ist, die Arbeiterrente ebenso aufzufressen – zuerst einmal dadurch, daß Herr Riester sie erneut kürzt – wie alle anderen vom Arbeiter und vom Volk geleisteten Rücklagen unserer Klasse in den Sozialversicherungen. Und das soll nicht verstanden werden?

Was soll daran nicht verstanden werden?

Die Reichen zahlen keine Steuern, und die regierende Sozialdemokratie schwadroniert vom Staatsbankrott, verlangt, daß weitere dreißig Milliarden aus der Kasse der Arbeiter in die Kasse der Reichen, in den Staatshaushalt fließen. Wen wundert es da, wenn Karl Marx schrieb: »Daß der Haushalt eines kapitalistischen Staates, nichts anderes ist als ein Klassenbudget, ein Budget der Bourgeoisie.« Der Staatshaushalt ist ein Werkzeug, nicht mehr und nicht weniger, mit dem ein Teil des vom Arbeiter geschaffenen Nationaleinkommens im Interesse der Ausbeuterklasse **neu** verteilt wird.

Die Hälfte aller Staatsschulden der BRD von knapp 2400 Milliarden Mark gehören den Großbanken, die knapp 1200 Milliarden Mark an den Staat verliehen haben. Bei den derzeit üblichen Zinssätzen dem Staat gegenüber von 8 %, der an Banken gezahlt wird, erhalten die Großbanken in nur

9 Jahren 1200 Milliarden Mark Zins und Zinseszins. Ihr ausgeliehenes Geld hat sich also in 9 Jahren verdoppelt und wäre auf 2400 Milliarden Mark angewachsen. Wovon hat der Staat die 1200 Milliarden Mark gezahlt? Neben den Steuern, die ausschließlich die Werktätigen aufbringen, durch Kredite von den Banken. »Als Warnzeichen muß insbesondere gelten, daß der Anstieg der Schuldenquote in den letzten Jahren ... wesentlich mit der hohen Zinsbelastung zusammenhängt. Damit nährt sich die Verschuldung aus sich selbst heraus«, schrieb die Deutsche Bundesbank 1997 (Monatsberichte 3/97). Somit wird sich auch die Staatsschuld bei den Banken in 9 Jahren verdoppeln, und mit ihr die Zinszahlungen. Diese 1200 Milliarden Mark Zinsen entsprechen nach heutigem Stand etwa der Summe von drei Bundesjahreshaushalten mit sämtlichen Zahlungsposten. Oder, anders herum gesagt: Von den Bundeshaushalten in 9 Jahren fließen drei direkt in die Tresore der Großbanken. Man kann auch sagen, daß die 1200 Milliarden Mark Zinsen von 9 Jahren 40 Sparpaketen des Herrn Eichel von 30 Milliarden Mark entsprechen.

Es fragt sich, worin der Steuerzahler, das Proletariat, die Bauern und Angestellten ein Interesse an der Tilgung der Schulden haben sollen, oder daran, daß der Zins des Zinses in die Tresore einer der mächtigsten Banken der Welt, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank oder der Commerzbank gelangen sollte. Nur dafür, daß die Reichen noch reicher werden. Die Haltung des Proletariats und seiner Gewerkschaften kann angesichts solcher Tatsachen nur sein: Die Finanzkapitalisten, die Bankiers sollen auf ihren Staatsanleihen sitzen bleiben. Keine weitere Auszahlung von Seiten des Staates an die Gläubiger, die Banken. Verweigerung der Zinszahlung an die Banken. Denn: Was hat es die Arbeiterklasse zu berühren, wenn der Staat bei den Banken in der Kreide steht? Ist doch der Staat der Staat der Banken und anderer Monopolisten. Warum soll das Proletariat dafür sein, daß weitere 30 Milliarden in Form von Zins die steuerfreie Monopolbourgeoisie aus dem vom Proletariat geschaffenen Nationaleinkommen erhält? Warum soll das Proletariat, die Bauern und Angestellten, weiter verarmen, nur um den deutschen Banken Profite in die Kassen zu scheffeln? Warum sollen sie weiter dulden, daß der Staat bei den Banken Anleihen in Milliardenhöhe aufnimmt, nur um mit den geliehenen Milliarden Krieg zu führen wie gegen Jugo-

slawien, das Geld an andere zu verleihen, um z.B. aus den polnischen Arbeitern Profit zu schlagen, um dann die damit hereingeholten Milliarden der Deutschen Bank zu überweisen?

Das macht nur Sinn für einen Nadelgestreiften wie den Schröder, aber nicht für das Proletariat. Die Haltung des Proletariats kann nur sein: **Kein Pfennig für Schuld- und Zinstilgung! Sofortige Aussetzung der Zinszahlungen des Staates an die Gläubigerbanken! Keine Mark weiter für die Umverteilung des vom Arbeiter geschaffenen Nationalreichtums an die Gläubiger!**

Allein das Einfrieren der Zinsen an die Räuber des Nationaleinkommens bringt dem Staat tausende Milliarden in die Kasse. Die geringste Haltung einer Gewerkschaft ist, daß die Zinsen des Staates an die Banken von 8 Prozent auf die Zinsen der Sparbücher von 2-3 Prozent zu senken sind. Dies würde dazu führen, daß die Bankkredite in den nächsten Jahren nicht auf 2400 Milliarden Mark wachsen, sondern auf 1550 Milliarden Mark. Also eine Einsparung pro Jahr von 90 Milliarden Mark bzw. die Summe von drei Sparpaketen.

Die Haltung der Gewerkschaften und des 19. Gewerkschaftstages der IG Metall, der vom 3. bis 9. Oktober dieses Jahres in Hamburg seine Arbeit aufnimmt, kann nur sein: Sofortige Senkung der direkten und indirekten Steuern, die von den Werktätigen aufgebracht werden. Neben dem zu entwickelnden Kampf des Proletariats gegen die Staatsschulden, gegen die Zinsleistungen zur Bereicherung weniger Monopolisten, haben die Gewerkschaften dafür einzutreten, daß die Arbeiter organisiert dazu befähigt werden, den Kapitalisten die Steuern nicht zu schenken. Nicht der zweitreichste Staat der Welt ist bankrott, sondern die bürgerlichen Parteien, ob CDU, CSU oder SPD. Die dem Volke weismachen wollen, es gäbe nichts Besseres für die Zukunft der Gesellschaft, als daß die Reichen versinken in ihrem Reichtum.

Was soll daran nicht verstanden werden: Der Kohl ist abgewählt, und der Schröder verliert die Landtagswahlen. Und der Arbeiter und seine gewerkschaftliche Organisation hat es bei der Stimmenthaltung gegen die Ausplünderung der Werktätigen nicht zu belassen! ■

WER HUNGERT, SOLL AUCH FRIEREN. TARIFFOND IST LOHNRAUB.

Wenn in den Betrieben jeder zusieht, seine Knochen den Kapitalisten nur solange wie unbedingt nötig zur Verfügung zu stellen (Lebenszeit), ist das vernünftig; wenn Gewerkschaften darauf mit einem Tariffond zur Finanzierung der vorgezogenen Rente antworten, ist das falsch.

Rente ist ein bestimmter Anteil des im laufenden Jahr erwirtschafteten gesellschaftlichen Gesamtvermögens, der ausgeschüttet wird (Umlagefinanzierung). Die Rente wie jede ihrer Einzahlungen wird vom Arbeiter, vom Werktätigen,

durch seine Arbeit selbst aufgebracht. Das paßt den Kapitalisten nicht: »Die Schiefelage der Altersversicherung ... ist Folge überzogener Ansprüche an die Kollektivversicherung.« (N. Walter, Deutsche Bank, FR, 30.12.96) Mit dem Verlangen (unter anderem vom Deutschen Industrie- und Handelstag), die Lebensarbeitszeit zu verlängern, wollen sie erreichen, daß wir länger zur Ausbeutung zur Verfügung stehen und hoffentlich in dieser Zeit auch sterben, damit wir in der Rente nicht »nutzlos« Vermögen auffressen. Zu ihrer Unterstützung versuchen sie, die jungen Ausgebeuteten zu ge-

winnen, wo sie das Bild malen, daß ein Junger drei Alte durchzufüttern hätte, weil der gierige Greis alles verfressen hätte. Nur ist es so: Was der Arbeiter im Alter verbraucht, ist weniger, als was er in seinem Leben eingezahlt hat. Und auch bei den Gewerkschaften wird die Angst vor der nicht finanzierbaren Rente geschürt: »Massenarbeitslosigkeit verursacht Finanzprobleme in den öffentlichen Haushalten« (Entschließung 4, IG Metall-Gewerkschaftstag 1999).

Tariffonds schießen die Sozialversicherungen sturmreif

Tariffonds bedeuten, aus den erkämpften Lohn- und Gehaltssteigerungen aller Beschäftigten in den nächsten Jahren (auch der Arbeitgeberanteil ist nichts anderes als ein Teil vorenthaltenen Lohns) einen Teil für eine Kapitalversicherung abzuzweigen. Das freut die Banken und die Versicherungen. Wir geben ihnen das Geld, sie verleihen es an den Staat und kassieren die Zinsen. Aber das freut auch die Regierung, weil dadurch der Nettolohn weniger steigt und damit auch die nettolohnbezogene Rente, und auch der Kapitalist hat seine wahre Freude daran, so das Handelsblatt: »Und alle zusammen freuen sich, weil ihnen ein weiterer Schritt gelungen ist, die Sozialversicherung zu schleifen in Richtung in eine Kapitalversicherung. Umlagefinanzierte Systeme sind nämlich nach Tietmeyer (ehemaliger Bundesbankpräsident) die Vernichtung von Sparkapital.« Bei der Umlagefinanzierung werden die von den Beschäftigten innerhalb eines Jahres erbrachten Rentenversicherungsbeiträge an die Rentenbezieher weitergereicht. Bei einer kapitalgedeckten Versicherung ist es wie bei Lebensversicherungen:

jeder hofft auf die von den Versicherungen versprochenen zusätzlichen Spekulationsgewinne. Hat die Versicherung sich verspekuliert oder ist gar pleite, wird es nichts mit den Extrasummen, unter Umständen gibt es gar nichts. Die Versicherungen bzw. die Banken haben aber ihren Vorteil gehabt. Während der gesamten Einzahlungszeit haben sie das Geld anderen gegen Zins und Zinseszins zur Verfügung gestellt.

Es rettet uns kein höheres Wesen

Uns wird nur geholfen, oder besser gesagt: wir helfen uns nur dann selbst, wenn alle Verschlechterungen bei der Rente durch die Kohlregierung zurückgenommen werden. Zum Beispiel: Heraufsetzung des Rentenalters, Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug, Nettolohn als Rentenbezugsgröße, keine volle Anrechnung der Ausbildung nach Dauer und Höhe der Vergütung, keine versicherungsfremden Leistungen aus dem Rententopf.

Uns wäre geholfen, wenn die Arbeiterkassen in Arbeiterhand wären. Also die uneingeschränkte und alleinige Selbstverwaltung durch die Arbeiter sicherstellt, daß diejenigen, die den Reichtum in diesem Land erarbeitet haben, zumindest eine Rente bekommen, von der sie leben können, und nicht alles in den Rachen von Banken und Versicherungen fällt, die nur wollen, daß du lange arbeitest und früh stirbst. Wir raten dem Vorsitzenden der IG Metall, Zwickel, sich dafür stark zu machen, daß die Arbeiterkassen in Arbeiterhand gehören, und sechzig Jahre Ausbeutung sind genug. ■

DAS LAND, DAS FÜR DIE EINHEIT STEHT ODER AM GOLDE HÄNGT ...

Die Bomben schweigen und es herrscht doch Krieg. Menschen werden ermordet. Menschen fliehen ihr eigenes Land. Es sind jugoslawische Bürger der Jugoslawischen Teilrepublik Kosovo. Drei Monate nach dem Bomben. Der Bombenkrieg brachte dem Volk Zerstörung und Tod. Die darauf folgende Besatzung brachte den »Staat des deutschen Soldaten« (FAZ, 19.7.99). Und weil der deutsche Landser nichts ist ohne General, hat er den General Klaus Rheinhardt. Zur Zeit Kommandeur aller Okkupations-Armeen im Kosovo. Von dem der Wehrexperte der SPD, Manfred Opel, zu sagen weiß: »Der General ist einfach Sonderklasse und gehört zum Besten, was die Bundeswehr zu bieten hat«. Mit Bomben, Landsknechten und einem General der Sonderklasse waren zu bekommen die Menschenrechte in deutscher Besatzer Hand. Aber nicht das Kriegsziel der BRD, das Kosovo. Dazu bedarf oder bedurfte es schon der nie versiegenden Mark. Der Dinar, die jugoslawische Landeswährung, sturmreif geschossen und geschliffen durch die Wunderwaffe der BRD, die Deutsche Mark. Die DM – heute Landeswährung und Besatzungswährung der Teilrepublik Kosovo in einem. Diesmal brach aber kein Jubel aus! Und

es gab auch keine 100 DM Begrüßungsgeld mehr. Im September 1999. Neun Jahre, nachdem schon einmal durch die Einführung der DM ein souveräner Staat, die DDR, gezwungen wurde, die Fahne zu senken, und heim ins Reich geholt wurde. Durch die Einführung der Deutschen Mark, der Außerkraftsetzung der legitimen jugoslawischen Landeswährung, wie die militärischen Besetzung, ist die Regierung der BRD ihrem Kriegsziel, das Kosovo von dem von ihm geschlagenen und geschundenen Jugoslawien zu separieren und sich einzuverleiben, sehr nahe gekommen. Wie die dort lebenden Völker als heimatlose, militärisch auf Dauer Deutschland unterworfenen Völker zu degradieren. Und wo der deutsche Feldjäger die Polizeistationen besetzt und stellt, der Gefängnisdirektor ein Hauptmann der Bundeswehr ist und wo im Zimmer des Haftrichters der Berater des Luftwaffenführungskommandos Köln-Wahn entscheidet, was Recht und Unrecht ist und wo mit DM bezahlt wird, da ist der Bürger Jugoslawiens dem Deutschland ausgeliefert, das schon einmal sein Land und seinen Staat in Schutt und Asche gelegt hat. Und leider ist es so, wo die deutsche Kriegskanaille ist, da ist auch der eine oder andere Sozial-

demokrat von unseren Gewerkschaften, dem DGB, nicht weit. Denn auch er hilft finanziell und organisatorisch tatkräftig mit, daß die gewerkschaftliche und politische Organisation der jugoslawischen Arbeiter unterwühlt, zersetzt wird durch die Schaffung von Spaltergewerkschaften, die natürlich den Namen »Freie« Gewerkschaften tragen sollen. Auf solch eine Hilfe, die dem jugoslawischen Arbeiter noch mehr erschwert, seine Feinde, die ihm seine Fabriken, Arbeitsplätze, Städte und Dörfer zerbombten, zu bekämpfen

und außer Landes zu schmeißen, kann nicht nur der Arbeiter im geschundenen Jugoslawien verzichten, sondern es ist unsre Aufgabe, solch einem arbeiterfeindlichen Treiben Einhalt zu gebieten. Denn was heute die Arbeiter in Jugoslawien von der BRD erleiden, das ist keinem hierzulande unbekannt. Dem DDR-Bürger wird dies alles wohlbekannt vorkommen, weil selbst – bis auf die Bomben – erlebt. Und auch dir Arbeiter der BRD ist es nicht unbekannt. Wer unter die Deutsche Mark gerät, wird heimgeholt ins 4. Reich. ■

DAS ALPHABET DES 4. REICHS

A wie Zwangsarbeiter

Arbeiter ist in unserem Lande nur, wer im Besitz eines Arbeitsvertrags ist. Wer arbeitet, und dabei unmenschlich behandelt oder mißbraucht wird, oder an den Mißhandlungen oder Hungers stirbt, und bei alledem doch keinen unterschriebenen Arbeitsvertrag vorweisen kann, ist kein Arbeiter. Irgendwelche Verpflichtungen seines Arbeitgebers (der kein Arbeitgeber ist) gegenüber dem Arbeiter (der kein Arbeiter ist) bestehen nicht. Geurteilt und beschlossen vom Arbeitsgericht Koblenz am 7.7.1999: »Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter auf Lohnentschädigung sind nach Ansicht des Arbeitsgerichts Koblenz unbegründet, weil die Betroffenen nach den gesetzlichen Bestimmungen keine Arbeitnehmer waren. Das Arbeitsgericht lehnte eine Prozeßkostenhilfe für einen ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter ab, weil es der Klage keine Erfolgsaussichten gab. Zwischen dem Zwangsarbeiter und dem Betrieb sei zu keiner Zeit ein Arbeitsvertrag geschlossen worden.«

B wie Deutsche Bank

»Die Kontrolle, die von der Deutschen Bank über bestimmte große Aktiengesellschaften ausgeübt wurde, war von so umfassender Art, daß der Einsatz von Zwangsarbeitern, Arbeitskräften aus Konzentrationslagern und Kriegsgefangenen durch diese Unternehmen eine besondere Behandlung im Zusammenhang mit den Operationen der Deutschen Bank rechtfertigt. Die Analyse belegt die entscheidende Rolle, die die Deutsche Bank nicht nur als Finanzier, sondern auch als eine Institution spielte, die die Geschäfts-, Produktions- und Personalpolitik der Mannesmannröhrenwerke, der Bayrischen Motoren-Werke, von Daimler-Benz und in wesentlich geringerem Umfang auch von Siemens bestimmte. Daher gilt die Schlußfolgerung, die der Bericht der Gemeinsamen Finanzstelle der US-Gruppe des Kontrollrats (Düsseldorf) in bezug auf den Einsatz von Fremdarbeitern in den Mannesmann-Werken zieht, für die Deutsche Bank. Danach ergibt sich zweifelsfrei, daß Mannesmann und die Deutsche Bank sich folgender Vergehen schuldig gemacht haben:

Mord durch Aushungern; Gewaltanwendung; Unmenschliche Behandlung; Grobe strafbare Vernachlässigung und Mißbrauch von Fremdarbeitern.

Empfehlungen

Es wird empfohlen, daß:

1. die Deutsche Bank liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,
3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.«

(Empfehlung der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland, Finanzabteilung – Sektion für finanzielle Nachforschungen)

C wie Deutschtum

Ein polnischer Zwangsarbeiter ist, wenn er keinen Vertrag vorweisen kann, kein Arbeiter. Eine Million polnischer Bürger sind, ohne, ja gegen jeden völkerrechtlichen Vertrag, Deutsche. Eine Woche nach dem Urteil des Arbeitsgerichts Koblenz unterschrieb Bundespräsident Rau ein Staatsangehörigkeitsreformgesetz. Darin wird festgelegt: »Wer am 1. August 1999 Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, erwirbt an diesem Tag die deutsche Staatsangehörigkeit.« Und im Grundgesetz heißt es: »Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist ... wer als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.« Allein auf dem Staatsgebiet der polnischen Republik sind das, im Sinne des dafür geschaffenen Grundgesetzes, bis zu 1 Million Menschen, hinzu kommen schätzungsweise noch einmal eine Million Menschen auf dem Staatsgebiet der GUS, die seit dem 1. August 1999 von Berlin als deutsche Staatsangehörige in Anspruch genommen werden. Der 2+4-Vertrag von 1990 und der polnisch-deutsche Grenzvertrag von 1991 sind gebrochen, Berlin herrscht in Polen, indem es Polen ungefragt zu Deutschen erklärt. Ein Pole ist keine Pole, sondern ein Deutscher. Deswegen ist der Arbeiter kein Arbeiter, sondern ein Sklave. ■